

Bildungs- und Schulgeschichte

HEINRICH RICHARD SCHMIDT

Die Volksschule im Kanton Bern

Die Niederen Schulen des Ancien Régime verfolgten vor allem den Zweck, fromme Untertanen zu erziehen. Entsprechend stand das Auswendiglernen von zentralen Glaubensaussagen im Zentrum. Im späten 18. Jahrhundert zeichnete sich aber ein Wandel ab.¹ Handwerk, Gewerbe und Handel verlangten nach sogenannt nützlichen Fähigkeiten wie Rechnen, Buchhaltung, geometrischem Zeichnen und Realienkunde.² Eine aufgeklärte Elite wollte Verstandesbildung und gesellschaftspolitisch relevante Fähigkeiten («Vaterlandskunde») fördern. Traditionalisten auf der einen Seite, aufgeklärt-liberale Reformer auf der anderen und die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Interessen bildeten das Kräftedreieck, das die Entwicklung der modernen Volksschule im Kanton Bern bestimmte.

Mit dem Begriff Volksschule wird im Folgenden die obligatorische allgemeinbildende Schule bezeichnet, also das, was heute Primarschule, Real- und Sekundarschule sowie Berufsschule darstellen.³ Ihr und den Lehrerbildungsinstitutionen gilt das Augenmerk.



Abb. 418: *Heile Welt oder Abbild einer nicht mehr erwünschten Wirklichkeit?* Albert Anker stellt in seinem 1895/96 entstandenen Bild «Dorfschule von 1848» an zentraler Stelle das Schulmandat von

1832 dar, das zum obligatorischen Schulbesuch verpflichtete. Auf Geheiss der Regierung musste es «in jedem Schulzimmer angeheftet werden». Der Lehrer, ausgerüstet mit einer Rute, bemüht sich,

die Aufmerksamkeit der Bubenschar auf sich zu lenken. Die Mädchen sitzen auf Bänken ringsum; ihnen steht keine Schreibfläche zur Verfügung. – Öl auf Leinwand, 104 x 175,5 cm, Novartis AG Basel.

Ziele der liberalen Volksschule

Während der Mediation (1803–1815) und der Restauration (1815–1830) waren die gesellschaftlichen Leitziele wieder traditionalistischer. Ganz liess sich die neue Zeit aber nicht aufhalten. Selbst die Instruktionen zur Lehrerbildung von 1807 wollten die Jugend nicht nur zu wahren Christen, sondern auch zu *rechtschaffenen*

CLAUDIA ENGLER

Lesefibeln: vom Buchstaben zum Gebet

Bis zum Ende des Ancien Régime waren es nur die fortschrittlichen Schulen und Eltern, welche die Leseanfänger über eine Abc-Fibel das Buchstabieren lernen liessen. Ende des 17. Jahrhunderts erschien erstmals eine bernische Lesefibel, das sogenannte Namen-Büchlein. Die Inspektionsberichte der bernischen Schulen zeigen aber, dass noch 1799 die meisten Kinder wie bis anhin ihre ersten Leseübungen an religiösen Büchern abhielten. Das entsprach auch dem Ziel des Schulunterrichts, der sittlichen und religiösen Erziehung der Untertanen zu guten Christen. Katechismus und Psalmenbuch wurden von den Kindern in endloser Repetition auswendig gelernt. Das Lesenlernen wurde so zu einem reinen Frage-und-Antwort-Spiel über religiöse Texte und das blosses Herunterleiern unverständener Buchstabenfolgen führte in vielen Fällen bis zum Ende der Schulzeit weder zu einer ordentlichen Lesekompetenz noch zu einem vertieften Verständnis der Inhalte. Diesen *geisttötenden* Unterricht kritisierten bereits im 18. Jahrhundert zahlreiche Reformer. Doch erst mit der Helvetik wurden vermehrt Abc-Lesefibeln eingeführt, welche die Regierung gratis an die Schulen abgab. Sie setzten sich allerdings nur zögerlich durch. Gründe waren die Macht der Tradition und der Widerstand von Lehrern und Pfarrern, aber auch der Umstand, dass man auf Fibeln aus dem 16. Jahrhundert zurückgriff, die unter fortschrittlichen Pädagogen im Geiste Pestalozzis und Fellenbergs als nicht mehr zeitgemäss und kindergerecht galten.

Das Namen-Büchlein: buchstabieren und lautieren

Der Typus des Abc-Buches oder der Abc-Fibel hatte sich im 15. Jahrhundert in enger Verbindung mit der Einrichtung städtischer Elementarschulen entwickelt. Trotz kleinerer konfessioneller Unterschiede oder landschaftsgebundener Traditionen blieben Inhalt und Methode der Abc-Fibeln bis weit ins 19. Jahrhundert hinein praktisch unverändert. Etymologisch leitet sich das Wort Fibel von Bibel ab, wobei die Veränderung des Anlautes vermutlich der Kindersprache zuzuschreiben ist. Die Fibeln umfassten in der Regel nicht mehr als acht Blatt und

waren oft auf Pappe gedruckt, damit sie mehrere Generationen von Leseanfängern benützen konnten. Zunächst galt es, das Alphabet in grossen und kleinen Buchstaben zu beherrschen. Die Schüler lernten zuerst die Namen des Abc, welche zu prägnanten Einsilbern verbunden wurden: *Be A Ce Ha zu BACH*, wobei nur die Initialen vertieft eingepägt wurden. Für diese Einsilber verwendete man oft bekannte Vornamen, was auch die Bezeichnung Namen-Büchlein erklärt. Zwischen den Silben blieben Zwischenräume frei, die den Kindern in didaktischer Absicht das stossweise Silbenlesen erleichtern sollten.

Eine Weiterentwicklung der Buchstabiermethode stellte die Lautierungsmethode dar, welche den natürlichen Laut der Buchstaben im gesprochenen Wort statt den Namen des Abc an den Anfang der Leselehre setzte. Für die Lautverknüpfungen gab es im Berner Namen-Büchlein von 1837 zahlreiche Silbentafeln, wobei sich die Lautierungsreihen vom Einfachen zum Schwierigeren bis hin zum besonders Anspruchsvollen fortentwickelten: *Ab, Eb, au, ei; Bau, hau, Tau; Ast, Heer, Lamm; Acht, Carl, Durst; Achtung, Carlowitz, durstig; Ci ri lus, Ma ce do ni en*. Den zweiten Teil des Büchleins und damit das Lernziel bildeten zusammenhängende Texte religiösen Inhalts, allen voran das Vaterun-

ser, das Glaubensbekenntnis und die zehn Gebote. Die meisten Kinder kannten diese Texte bereits vom Elternhaus oder von der Kirche her auswendig. Um das Erraten als Wiedererkennen der Buchstaben und Laute zu erleichtern, enthielten einige Fibeln auch Bilder, meist einfache Tierdarstellungen. Der Name des Tieres oder der natürliche Laut des Tieres sollten den Lautwert vermitteln, z.B. Schlange für den Buchstaben S, das blökende Schaf für den Laut *bä*. Noch weiter gingen Fibeln, die Buchstaben mit einem Bild und einem Zweizeiler kombinierten. Die Zweizeiler waren inhaltlich ziemlich banal, aber eingängig. Diesen Typus der illustrierten Lesefibeln repräsentiert die sogenannte Hahnenfibel, die sich in Bern erstmals 1836 nachweisen lässt.

Die Hahnenfibel: ohne Fleiss keinen Preis

Bei den Hahnenfibeln handelt es sich um Schulfibeln, die zunächst auf der letzten Seite, später auch auf dem Titelblatt als Schmuckstück einen Hahn abbilden. Die erste Hahnenfibel wurde 1575 in Frankfurt an der Oder gedruckt, das einen schreitenden Hahn im Wappen führt. Die Fibel wurde im Lauf der Jahrhunderte mehrfach kopiert und im ganzen deutschen Sprachraum verbreitet. Alle Kopien sind praktisch identisch mit der Vorlage von 1575. Einzig der Hahn veränderte seine Position am Anfang oder Ende des Buches oder nahm immer wieder eine andere Gestalt an, etwa als Schulmeister mit Rute oder Zeigestock. Die Bedeutung

des Hahns als Frankfurter Wapentier ging mit der Verbreitung verloren. Der Hahn wurde zum Symbol des frühen Aufstehens und damit des Fleisses umgedeutet, was man den Schülern als Ansporn im Lesebuch immer vor Augen hielt. Diese Deutung schlug sich auch in Redewendungen und im Märchen nieder: Wer in seiner Fibel nicht bis zum Hahn gekommen war, konnte nicht lesen. Das musste auch der Bauer im Grimm'schen Märchen *Doktor Allwissend* erfahren, der gerne reich und klug wie ein Doktor sein wollte und auf die Frage, wie man das werden könne, zur Antwort bekommt: *Erstlich kauf dir ein Abc-Buch, so eins, wo vorn ein Göckelhahn drin ist*. Als der am Ende zum Doktor Allwissend gewordene Bauer den Beweis seiner Gelehrsamkeit antreten muss, ist es ihm nur über die Hahnenfibel möglich, in der er den Hahn aber nicht auf Anhieb findet und damit sein Unwissen offenbart. Die Hahnenfibel blieb in bernischen Schulen bis Ende des 19. Jahrhunderts in Gebrauch.

Vom Buchstabieren zum Schreibenlernen

Die Frage nach zeitgemässen Lehrmitteln beschäftigte das Erziehungsdepartement des Kantons Bern spätestens seit der Verabschiedung der Verfassung von 1831, die das Recht auf Bildung festschrieb. 1838 erschien das vom Hofwiler Seminardekan Karl Rickli verfasste *Namen-Büchlein zum ersten Unterricht im Lesen und Schreiben*, dazu eine Zugabe mit *Kurzen und leichten Erzählungen* für das Üben der Lesefertigkeit. Es war im Gegensatz zu den bisherigen Namen-Büchlein methodischer aufgebaut, wenn auch die zusammenhängenden Texte weiterhin religiös-moralisch bestimmt blieben (*Der artige Knabe; Der sparsame Bauer*), doch sie wurden zunehmend durch Geschichten naturkundlichen oder historischen Inhalts ersetzt (*Vorsicht bei Gewittern; Das Schaf; Der Birnbaum*). Neu wurde die elementare Fertigkeit des Lesens mit dem Schreiben verbunden. Bis anhin hatte Lesekompetenz nicht zwingend auch Schreibkompetenz bedeutet. Vorbild für diese Neuerung war das auch in Bern verbreitete *Erste Lese- und Sprachbuch* des Direktors der Breslauer Bildungs-Anstalt, Wilhelm Harnisch.

Bibliografie:

Lesen lernen; May/Schweizer, Geschichte der Fibel; Pfäffli Ruggli, Zweck; Wyss, Ablösung des Katechismus.



Die erste Berner Hahnenfibel von 1836. Bilder und Zweizeiler haben eine illustrierende und motivierende Funktion, sie erleichtern den Zugang zum Buchstaben über das Auge und das Ohr. – UB/ZB.

und verständigen Gliedern der bürgerlichen Gesellschaft erziehen. Noch war diese bürgerliche Gesellschaft aber in den Standesschränken eingesperrt: *Jeder wird zu dem Stande erzogen, in welchen er von der Vorsehung gesetzt worden ist.*⁴

Erst mit der liberalen Staatsumwälzung 1831⁵ kam die Modernisierung in Schwung. Das Primarschulgesetz von 1835 bestimmte:

1. *Nach § 12 der Staatsverfassung darf niemand die seiner Obhut anvertraute Jugend ohne den Grad von Unterricht lassen, welcher durch das Gesetz für die öffentlichen Primarschulen vorgeschrieben ist.*

2. *Der Regierungsrath wird dafür sorgen, dass im ganzen Umfange der Republik dem § 1 ein Genüge geleistet werde, und dass also kein Kind die Wohlthat des Primarunterrichts entbehre. [...]*

4. *Die öffentlichen Primarschulen sind von Staatswegen angeordnete Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, welche den Zweck haben, die in jedem Kinde liegenden Anlagen und Kräfte zu entwickeln und auszubilden, damit es seine Bestimmung als Mensch, als Christ und als Bürger erreichen könne.*⁶

Radikale Neuerungen wurden eingeführt: die Ganzzahresschule mit acht Wochen Ferien im Sommer (44 Schulwochen) statt wie bisher die Winterschule, Anwesenheitspflicht der Kinder ab sechs Jahren, Schulpflicht für Reformierte von zehn, für Katholiken von acht Jahren, seminaristisch gebildete Lehrer und ein ausgebauter Fächerkatalog.⁷ Nach § 17 sollte Jungen Turnen und nach § 18 Mädchen *Unterricht in den weiblichen Arbeiten* erteilt werden.⁸ Im Normallehrplan von 1878 taucht Turnen als fakultatives Fach auch für Mädchen auf.⁹

Welche der fakultativen Fächer (Geometrie und Linearzeichnen, Geschichte, Geografie, Biologie, Verfassungslehre und Buchhaltung, Haus- und Landwirtschaft) tatsächlich unterrichtet wurden, blieb der Gemeinde überlassen. Nur wenn diese stärker an Fähigkeiten interessiert war, die für einen handwerklichen oder kaufmännischen Beruf wichtig waren, kam es hier zu einer Synergie zwischen staatlichem und gemeindlichem Wollen. So hat von den fünf Schulen der Gemeinde Worb nur gerade die des Dorfes, das handwerklich-industriell geprägt war, diese Zusatzfächer angeboten.¹⁰

Im Schulgesetz vom 24. Juni 1856¹¹ sah die neue Fusionsregierung generell zehn Schuljahre vor. Das Schulsystem wurde in drei Stufen gegliedert: die Elementarstufe, die Mittelstufe und die Oberstufe. Das Gesetz über die öffentlichen Primarschulen vom 1. Dezember 1860¹² beseitigte die unrealistischen Vorgaben des



Abb. 419: *Ansicht von Hofwyl mit dem Titel «Cour et façade du Grand Institut de côté du nord», um 1830. Koloriertes Blatt aus der Sammelmappe «Vues de Hofwyl»,*

die nach Vorlagen des Hofwyler Zeichenlehrers Heinrich Triner (1796–1873) von J. Fahnlein gestochen und von Engelmann & Cie. lithografiert wurde. – BBB.

DENISE WITTWER HESSE

Philipp Emanuel von Fellenberg (1771–1844) – Patrizier und Pädagoge

Philipp Emanuel von Fellenberg wurde als Sohn des damaligen Rechtsprofessors an der Berner Akademie, Daniel Fellenberg (1736–1801), und dessen Frau Philippine Maria de Suarz (1748–1805) in ein von der Aufklärung geprägtes Umfeld geboren. Sein Vater war als Mitglied verschiedener Sozietäten und beider bernischen Räte aktiv am gesellschaftlichen und politischen Diskurs der Zeit beteiligt. Die Ausbildung Fellenbergs war deshalb auf eine künftige Karriere im Staatsdienst ausgerichtet. Sie erfolgte standesgemäss durch Hauslehrer und einen einjährigen Aufenthalt im Pfeffel'schen Erziehungsinstitut in Colmar (1785/86). Nach kurzen Studien der Rechtswissenschaft, Politik und Philosophie an der Universität Tübingen im Jahr 1791 schickte ihn sein Vater auf eine längere Reise durch die Eidgenossenschaft, damit er sich mit den verschiedenen Regierungssystemen und den sozialen Verhältnissen vertraut machen konnte.

Nach seiner Rückkehr verfasste Fellenberg 1795 einen eigenen Lebensplan, die *Réflexions sur le Bonheur domestique*. Darin skizzierte er als Lebensziel nichts weniger als die Verbesserung, Vervollkommnung und Glückseligkeit der gesamten Menschheit mit Hilfe eines harmonischen häuslichen Zusammenlebens und einer vermehrten Bildung für alle. Vorbilder für seinen gesellschaftlichen Entwurf finden sich einerseits in den seit dem 16. Jahrhundert entwickelten politischen Utopien, andererseits in einer Republik nach antikem Vorbild, in der eine Elite zum Wohl der Allgemeinheit regierte. Im Anschluss an die Ideale der Französischen Revolution befürwortete Fellenberg eine gewisse Ausweitung der Regierungsverantwortung. Er wurde zudem durch die pädagogischen Schriften der Aufklärung beeinflusst, welche die Erziehungslehre verwissenschaftlichen und für die Praxis ein vollständiges Erziehungs- und Unterrichtssystem entwerfen wollten.

Erste konkrete Schritte zur Verwirklichung seines Lebensziels unternahm Fellenberg während der Helvetik. Nach einem kurzen Aufenthalt als Legationssekretär des helvetischen Gesandten in Paris wurde er im Herbst 1798 in den neu geschaffenen bernischen Erziehungsrat berufen. Er ent-

warf daraufhin in seinen *Beyträgen zu Helvetiens Bildung* ein mehrstufiges Erziehungssystem mit Volksschulen, Lehranstalten für zukünftige Staatsbeamte, Lehrerbildungsanstalten und einer Nationaluniversität. Enttäuscht über die zögerliche Umsetzung der allgemein geplanten Reformen zog er sich bald wieder aus der Politik zurück und versuchte nun auf privater Basis, seine Pläne umzusetzen. Eine Zusammenarbeit mit Johann Heinrich Pestalozzi (1746–1827), der im ehemaligen Johanniterhaus in Münchenbuchsee eine Armenschule führte, scheiterte wegen unterschiedlicher Ansichten über die praktische Erziehung und die Leitung der Anstalt nach nur einem Jahr im Juli 1805.

Mit seiner Frau Margarethe Tscharner (1778–1839), die er 1796 geheiratet hatte und die ebenfalls aus einer bernischen Patrizierfamilie stammte, wagte er nun auf dem Landgut Wylhof bei Münchenbuchsee den Alleingang. Zuerst stand die Ausbildung der eigenen Kinder im Vordergrund. Bereits im Frühjahr 1806 wurde ein erster Pflegesohn in die Familie aufgenommen, zu dem sich bald schon weitere Kinder gesellten. 1808 gründete das Ehepaar offiziell das «Institut für Söhne höherer Stände». Im Lauf der folgenden Jahre vergrösserte sich das nun Hofwyl genannte Landgut um ein «Landwirthschaftliches Institut» (1809), eine Armenschule (1810) und eine Realschule (1830). Weitere Einrichtungen, wie die Mädchenschule, die Meikirch-Kolonie oder die Kleinkinderschule, rundeten das Erziehungsangebot ab, waren jedoch alle nicht von Dauer.

Der *Erziehungsstaat* (Heinrich Zschokke) in Hofwyl sollte eine Ausbildung für die Angehörigen aller Stände anbieten und deren gegenseitiges Verständnis fördern. Die Anstalten wurden als Familienunternehmen geführt, in dem die Kinder von Emanuel und Margarethe von Fellenberg mit-helfen mussten, sobald sie alt genug waren. Die drei Söhne kümmerten sich mit dem Vater um die Gesamtleitung der Schulen und übernahmen Teilpensen im Unterricht der älteren Zöglinge, während die sechs Töchter der Mutter bei der Betreuung der kleineren Zöglinge und bei der Führung des Grosshaushaltes zur Hand gingen. Unterstützung



Emanuel von Fellenberg. Lithografie, nach der Natur gezeichnet von (Johann) Friedrich Hasler (1808–1871), nicht datiert. – BBB.

erhielt die Familie durch Erzieher, Gouvernanten, Fachlehrer, Handwerker, Knechte und Hausangestellte.

Fellenberg sah seine Aufgabe auch darin, Hofwyl und seine pädagogischen Überzeugungen einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Deshalb pflegte er eine rege Korrespondenz, die er nur mit Hilfe von Sekretären und seinen Töchtern bewältigen konnte, zumal seine Handschrift schwer lesbar war. Die Briefpartner und -partnerinnen halfen ihm, die Anstalten im In- und Ausland bekannt zu machen, indem sie über Hofwyl schrieben, aber auch neue Schüler und weitere Kontakte vermittelten. Er selbst fand nur zu Beginn und gegen Ende seines Schulprojektes die Musse, längere, oft ausschweifende Propagandatexte zu verfassen und sein in den Augen vieler Zeitgenossen nicht standesgemässes *vie pédagogique* zu verteidigen, so in den *Landwirthschaftlichen Blättern von Hofwyl*, die in fünf Heften von 1808 bis 1817 erschienen, und in den *Pädagogischen Blättern von Hofwyl*, die er 1843 in zwei Heften herausgab.

Auch die Politik schien ihm schliesslich wieder geeignet, seine Mission zu unterstützen. Er wurde 1825 in den Grossen Rat gewählt und unterstützte als Mitglied sowohl der Verfassungs- als auch des Erziehungsrates Anfang der 1830er-Jahre den Aufbau eines institutionalisierten kantonalen Schulwesens. Als Landammann trat er jedoch 1834 bereits nach zwei Monaten zurück, weil er mit den taktischen Manövern im

Grossen Rat nicht zurechtkam. Darüber hinaus wollte die liberale Regierung den Unterricht und die Lehrinhalte in Hofwyl überprüfen und stärker begleiten. Diese staatliche Aufsicht, die Fellenberg im Erziehungswesen grundsätzlich befürwortete, ging ihm bei seinen eigenen Anstalten aber zu weit. Die folgenden langwierigen Diskussionen führten dazu, dass es der Kanton Bern 1838 ablehnte, Hofwyl als Schenkung zu übernehmen. Das Verhältnis Fellenbergs zur politischen Elite blieb deshalb bis zu seinem Tod im November 1844 ambivalent.

Obwohl seine Kinder danach die Leitung der Anstalten übernahmen, fehlte doch das Charisma des Gründers, das stets neue Zöglinge aus aller Welt nach Hofwyl geführt und so die Rentabilität der Schulen garantiert hatte. Deren ständische Gliederung wurde zudem vermehrt als Anachronismus empfunden. Deshalb mussten die einzelnen Schulzweige bis zum Frühjahr 1848 nach und nach geschlossen werden. Anders als etwa Pestalozzi trat Fellenberg im Bewusstsein der Öffentlichkeit mit der Zeit in den Hintergrund, doch seine Ideen haben in verschiedenen Bereichen des Schulwesens in der Schweiz und im Ausland Impulse gegeben, die von anderen pädagogisch Interessierten aufgenommen und schliesslich in der einen oder anderen Form verwirklicht wurden.

Bibliografie:

Grunder, Fellenberg; Guggisberg, Fellenberg; Wittwer Hesse, Familie von Fellenberg.

4 Zitat nach Kummer, Schulwesen, S. 20. Siehe auch Helffenberger, Lehrerbildung, S. 53.

5 Criblez, Öffentlichkeit, S. 197: die *einzig gelungene politische Revolution der 1830er-Jahre in Europa*.

6 StAB BB III b 1994: 13.3.1835 – Gesetz über die öffentlichen Primarschulen. Damit wurde allerdings keine Pflicht, staatliche Schulen zu besuchen, statuiert: Auch private Schulen und Unterricht zu Hause blieben erlaubt.

7 Graf, Schulgesetzgebung, S. 15–17: Obligatorisch waren Christliche Religion, Lesen und Schreiben, Kopf- und Ziffernrechnen, Schönschreiben und Singen (§ 15).

8 Kellerhals, Mädchen, S. 133.

9 Kellerhals, Mädchen, S. 149, 152, 222f. Obligatorisch wurde es im Kanton Bern erst 1957.

10 Gränicher, Worb, S. 481.

11 Graf, Schulgesetzgebung, S. 126–152.

12 Graf, Schulgesetzgebung, S. 181–189.

Abb. 420: 1906 existierten im Kanton 89 Sekundarschulen und vier Progymnasien. Der Zweck der Sekundarschulen bestand nach dem Gesetz von 1839 darin, «den Schülern nach erhaltenem genügendem Elementarunterricht eine gründlichere und umfassendere Bildung zu verschaffen, als sie in der Primarschule erhältlich ist, oder ihnen diejenigen Kenntnisse beizubringen, die zur Ausübung eines höheren technischen Berufes vorbereiten» (Kummer, Schulwesen, S. 37). – Lützelflüh, Sekundarschulhaus, Postkarte, um 1910, StAB.



Gesetzes von 1835 und schrieb nur 36 Wochen Unterricht vor. Nun erfolgte auch eine strengere Kontrolle der Absenzen. Bislang hatte die Präsenz im Sommer bei etwa 50 Prozent gelegen, im Winter bei 70 bis 95 Prozent.¹³ Das Gesetz über die öffentlichen Primarschulen von 1870¹⁴ reduzierte die obligatorische Schulzeit von zehn auf neun Jahre und führte die periodische Wiederwahl der Lehrer ein.

Die nächsten bedeutenden Gesetzesrevisionen fallen ins 20. Jahrhundert.¹⁵ Das Primarschulgesetz von 1964¹⁶ führte Technisches Zeichnen, Gesundheitspflege und die zweite Landessprache als obligatorische Fächer für die Primaroberstufe ein, nicht zuletzt, um ihre Bedeutung gegenüber der Sekundarschule zu stabilisieren.¹⁷ Ein unentgeltliches zehntes Schuljahr wurde als Weiterbildungsmöglichkeit im Anschluss an die obligatorische Schulzeit etabliert. Das Schulgesetz von 1990 brachte vor allem das Modell 6/3 für den Übertritt in die Sekundarschule.¹⁸

Probleme im Jura

Im Jura, der im Süden mit Biel und Umgebung reformierte und im Norden katholische Gebiete umfasst, blieb nach dem Anschluss an Bern lange alles beim Alten: Die Ursulinnen und die Barmherzigen Schwestern lehrten z.B. in den dort zahlreichen Mädchenprimarschulen. Der Kulturkampf¹⁹ begann in Bern 1867 mit dem Verbot katholischer Feiertage. Der ehemalige reformierte Pfarrer und neue radikale Erziehungsdirektor Johann Jakob Kummer aktivierte die bislang nicht praktizierte Bestimmung der Verfassung von 1846, wonach keine kantonsfremden Orden Unterricht erteilen durften, und entzog 1867 den Lehrschwestern die Lehrbefugnis,²⁰ wobei die Fronten in der Abstimmung nicht zwischen den Konfessionen, sondern zwischen Konservativen und Radikalen verliefen. Der Graben zwischen den praktizierenden Katholiken des Juras und Bern vertiefte sich damit.

Sekundarschulen, Arbeitsschulen und Gewerbeschulen

Sekundarschulen gründeten in der Regel private Interessenten oder Gemeinden.²¹ Nach dem kantonalen Sekundarschulgesetz von 1839²² sollten die Sekundarschulen den Schülern eine umfassendere Bildung als die Primarschulen verschaffen oder sie auf einen höheren technischen Beruf vorbereiten.

Das Schulgesetz von 1856²³ definierte für die Sekundarschulen einen doppelten Zweck: einen reichhaltigeren Unterricht im Sinne des Gewerbes einerseits und die Vorbereitung für das Gymnasiums andererseits (Progymnasium).

Sekundarlehrer mussten nach dem Gesetz über die Sekundarschulen von 1862 bestimmte Vorlesungen an der Universität in den Fächern besuchen, über die sie ein Patent anstrebten.²⁴ 1870 wurde eine ausserordentliche Professur für Pädagogik geschaffen und seit 1887 bestand eine mit der Universität verbundene Lehrerschule, deren Besuch während zweier Jahre obligatorisch war.²⁵ Damit war ein Teil der Volksschule akademisiert worden.

Arbeitsschulen waren seit 1835 üblich. Es handelte sich dabei nicht um eigene Schulen, sondern um Kurse oder Klassen für weibliche Handarbeiten.²⁶ Durchgeführt wurden sie zunächst nur an reinen Mädchenprimarschulen, 1864 dann verpflichtend an allen Primarschulen von Primarlehrerinnen oder speziellen Fachlehrerinnen für Handarbeiten.²⁷ Unterricht in *Handfertigkeiten* (Werken) für Jungen wurde erst 1894 vorgesehen. Der hauswirtschaftliche Unterricht erscheint erst im Unterrichtsplan von 1926,²⁸ 1945 wurde er obligatorisch. 1980 hatte das Mädchenhandarbeiten ausgedient und wurde der Gleichbehandlung der Geschlechter entsprechend im revidierten Volksschulgesetz mit dem nicht textilen Werken zusammengeschlossen.²⁹ 1982 wurde Hauswirtschaft auch für Jungen vorgesehen, war nun aber für beide Geschlechter freiwillig.

Gewerbeschulen wurden 1835 noch nicht erwähnt.³⁰ Im Sekundarschulgesetz von 1856/57 dagegen erscheinen sie als *spezielle Bildungsanstalten* für Lehrlinge und junge Gesellen.³¹ Im Zuge des Fabrikgesetzes von 1877 entstand eine gut organisierte Berufsbildung.³² Das Berufsbildungsgesetz von 1884 gestaltete erstmals auf Bundesebene in Grundzügen die Berufsbildung und schuf damit die Voraussetzung des dualen Systems der Berufsbildung zwischen Betrieb und Berufsschule.³³ Aber erst 1930 wurde die Schule als Bestandteil der Lehre für obligatorisch erklärt.³⁴ Das Gesetz von 1963 regelte dann auf Bundesebene die Ausbildung der Berufsschullehrer.³⁵

Schülerzahlen

1799 zählte der alte Kanton Bern (ohne Jura) rund 33 000 Schüler. Im alten Kantonsteil gab es 1834 mit rund 60 000 Schülern fast doppelt so viele wie 35 Jahre zuvor.³⁶ 1856 hatte der ganze Kanton bei rund 460 000 Einwohnern in 1276 Primarschulen (davon 252 im Jura) 88 418 schulpflichtige Kinder (19,3 Prozent der Bevölkerung).³⁷ Bis 1910 wuchs die Zahl der Primarschüler auf rund 110 000.³⁸

Seit dem Ersten Weltkrieg verlief die Entwicklung rückläufig. 1945 gab es im Kanton etwa 78 000 Primarschülerinnen und -schüler,³⁹ während die Anzahl der Sekundarschüler – zwischen 1910 und 1940 von 11 260 auf 15 000 gestiegen – zunächst stagnierte und erst in den 1950er-Jahren wieder anzog.⁴⁰ Der in den 1940er-Jahren einsetzende Babyboom liess die Zahl der Primarschüler von 78 000 auf 104 000 Ende der 1950er-Jahre steigen.⁴¹ Mitte der 1970er-Jahre sank die Schülerzahl allmählich.⁴² Im Schuljahr 2006/07 befanden sich 94 549 Schülerinnen und Schüler in der Volksschule (Primarstufe, Realschule und Sekundarschule).⁴³



Abb. 421: Im 19. Jahrhundert entwickelten sich neue Formen des Schulehaltens, etwa Frontalunterricht und Jahrgangsklassen. Nur im Jura gab es reine Knaben- und Mädchenprimarschulen. – Schulzimmer in Wabern, Köniz, 1912, Foto Walter Laedrach, StAB.

überfüllt. Die meisten Schulen unterrichteten Mädchen und Jungen koedukativ. Nur im Jura gab es reine Knaben- und Mädchenprimarschulen. – Schulzimmer in Wabern, Köniz, 1912, Foto Walter Laedrach, StAB.

13 Scandola, Lehrerschaft, S. 20.
14 Graf, Schulgesetzgebung, S. 201–227.
15 Dazu Rogger, Weltkrieg, S. 378–381.
16 Rogger, Weltkrieg, S. 421–426.
17 Rogger, Weltkrieg, S. 424.
18 Rogger, Weltkrieg, S. 548.
19 Dazu Junker 2, Kapitel *Der Kulturkampf im Jura*.
20 Scandola, Lehrerschaft, S. 37.
21 Für Worb vgl. Gränicher, Worb, S. 484–487.
22 Graf, Schulgesetzgebung, S. 53–56.
23 Siehe auch Messerli, Angliederung.
24 Kummer, Schulwesen, S. 60.
25 Scandola, Lehrerschaft, S. 42.

26 Keller, Arbeitslehrerinnen, S. 352, 407f.
27 Scandola, Lehrerschaft, S. 216.
28 Kellerhals, Mädchen, S. 221f., 224.
29 Rogger, Weltkrieg, S. 565–573.
30 Egger, Primarschulwesen, S. 253.
31 Egger, Primarschulwesen, S. 253.
32 Gonon, Schule, S. 58.
33 Gonon, Schule, S. 68.
34 Gonon, Schule, S. 70.
35 Gonon, Schule, S. 70.
36 Alle Angaben bei Scandola, Standesschule, S. 600.
37 Egger, Primarschulwesen, S. 32.
38 Scandola, Lehrerschaft, S. 281.
39 Scandola, Lehrerschaft, S. 281.
40 Scandola, Lehrerschaft, S. 282.
41 Rogger, Weltkrieg, S. 368.
42 Rogger, Weltkrieg, S. 426.
43 Bildungsstatistik 2006/07, S. 4.

«Zu jeder Schule gehört ein derselben gewiedmetes Lokal». Schulhausbau im 19. Jahrhundert

Gesetzliche Grundlagen

Als Voraussetzung für das Funktionieren eines demokratischen Staates wurde das Bildungswesen im 19. Jahrhundert stark ausgebaut. Die Berner Regenerationsverfassung von 1831 legte die allgemeine Schulpflicht fest und verpflichtete den Staat, die öffentlichen Schulen zu unterstützen und zu fördern. Die Hauptlast der Schule blieb aber bei den Gemeinden.

Das erste bernische Primarschulgesetz, das 1835 in Kraft trat, äusserte sich auch über die Schulräume: *Zu jeder Schule gehört ein derselben gewiedmetes Lokal mit dem oder den nöthigen, zweckmässig eingerichteten, hinlänglich geräumigen Schulzimmern und einer anständigen Wohnung für den Lehrer.* Die staatlichen Behörden hatten das Projekt vorgängig zu genehmigen und setzten säumige Gemeinden notfalls unter Druck. An die Baukosten entrichtete der Staat einen bescheidenen Beitrag. Im Kanton Bern lösten die Verfassung und das Primarschulgesetz zunächst auf dem Land einen Bauschub aus. Der Schulhausbau wurde zu einer der wichtigsten öffentlichen

Baufaufgaben. Das bedeutete für die Gemeinden eine grosse finanzielle Belastung, gleichzeitig aber auch eine Gelegenheit zur Selbstdarstellung.

Da die örtlichen Bauleute mit der Aufgabe oft nicht vertraut waren, verteilte das Erziehungsdepartement 1836 Musterpläne. 1870 veröffentlichte der Berner Kantonsbaumeister Friedrich Salvisberg mit den *Normalien für Schulgebäude* eine ausführliche Bauanleitung. Er stellte neun Schulhausprojekte mit Plänen vor und behandelte unter anderem Fragen der Konstruktion, der Raumdisposition und der Schulhygiene. Darüber hinaus motivierte er die Gemeinden, trotz knapper finanzieller Mittel dem Gebäude, in welchem für die Bildung und das Glück der Jugend der Grund gepflanzt werden soll, (...) einen über das Gewöhnliche gehenden, schönen Ausdruck zu geben.

Schulhygiene

Salvisbergs Musterpläne waren bis gegen das Ende des Jahrhunderts eine Inspirationsquelle für den Bau von Landschulhäusern. In Fachkreisen galten die *Norma-*

lien allerdings bald als überholt. Die Hygiene war gesellschaftlich und politisch zu einem wichtigen Thema geworden, und die Schule hatte im Unterricht und mit ihren Einrichtungen Vermittlerin und Vorbild zu sein. Gesundheitserhaltung und -förderung waren das oberste Ziel. Die Sauberkeitserziehung erhielt ein neues Gewicht im Unterricht. Fächer wie Turnen und Singen wurden gefördert. Im Schulhausbau bestimmte die Hygiene eine neue Richtung, zuerst in den Städten und später auch auf dem Land. Die Aufgabe beschäftigte nun vor allem die Architekten und – noch vor den Pädagogen – die Ärzte. *Licht und Luft* lautete das Schlagwort. Die blockartigen Bauten mit teils ungünstig beleuchteten Schulzimmern und finsternen Korridoren wurden von schlankeren Baukörpern mit einbündigen Grundrissen abgelöst. Die Haupträume sind längsseitig aufgereiht und nutzten die günstigste Lichtexposition, die Korridore sind direkt von aussen beleuchtet und belüftet. Diese Form setzte sich in den 1890er-Jahren durch und blieb bis weit ins 20. Jahrhundert hinein für den Schulhausbau massgebend.

ges Schulhaus. Das Schulzimmer befand sich im Hauptgeschoss. Die darüber liegende Lehrerwohnung war als Raumreserve für den späteren Umbau zu einem zweiten Schulzimmer vorgesehen. Das Gebäude enthielt eine weitere Wohnung und einen Stall. Dieser gehörte bis in die zweite Jahrhunderthälfte zur festen Einrichtung mancher kleiner Landschulhäuser, obwohl die Behörden aus hygienischen Gründen davon abrieten. Für die bescheiden entlohnte Lehrerschaft war die Selbstversorgung oft unabdingbar. Die Nutzung eines Pflanzgartens bildete einen festen Bestandteil der Besoldung. Im Kommentar zu den Lindener Bauplänen bemerkte der Schulinspektor, es sei für die schwer belastete Berggemeinde *fatal, dass der strenge Wort[?]laut des Gesetzes nicht gestatte, hier mit einem namhaften ausserordentlichen Staatsbeitrag beispringen zu können.*

Oberbalm: typisches Landschulhaus des 19. Jahrhunderts

Das Schulhaus Oberbalm von 1898/99 prägt noch heute das Dorfbild. Der Grundriss könnte von Salvisbergs Projekt VII abgeleitet sein. Auf zwei Stockwerken erschlossen die relativ engen Mittelkorridore ursprünglich drei Schulzimmer, eine Gemeindestube und vier Wohnungen, im Untergeschoss war ein Turnraum eingerichtet. Trotz grundsätzlicher Vorbehalte gegenüber dem aus schulhygienischer Sicht nicht mehr ganz zeitgemässen Projekt erteilte die Erziehungsdirektion ihre Genehmigung, um den Neubau



Das Schulhaus Oberbalm von 1898/99 ist ein typisches Landschulhaus des 19. Jahrhunderts. Der Backsteindekor und die Dachlukarnen über der Hauptfassade sind heute verschwunden. – Foto um 1900, Ernst Selhofer.

nicht zu verzögern oder gar zu gefährden. Die repräsentative Hauptfassade hätte ursprünglich – im Widerspruch zu den Hygieneempfehlungen – zum Dorf hin nach Norden ausgerichtet werden sollen. Dies wurde zugunsten besserer Lichtverhältnisse in den Schulzimmern beim Bau ein Stück weit korrigiert.

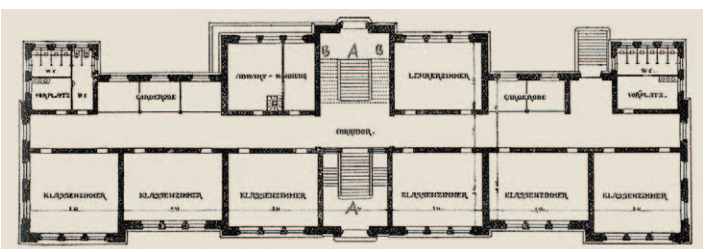
Madiswil: Dorfschulhaus nach städtischem Vorbild

Die Projektierung des Schulhauses Madiswil zeigt beispielhaft den Konzeptwechsel. 1898/99 tat sich die Gemeinde schwer mit der Wahl zwischen zwei Projekten. Die Entwürfe des Baumeisters Johann Wolf basierten auf der Grundform von Salvisbergs Projekt VII. Die Architekten Wilhelm Bracher und Friedrich Widmer

brachten das einbündige Grundrissystem ins Spiel. Schliesslich entschied sich die Gemeinde für das Projekt von Bracher & Widmer, das vom Kantonsbauamt als *in jeder Hinsicht lobenswert* beurteilt wurde. Der Bau von 1899/1900 enthielt zusätzlich zu den Unterrichtszimmern eine Abwartwohnung und Gemeinderäume. Im Erdgeschoss war ein grosser Raum für den Turnunterricht vorgesehen. Für das Äussere schlugen die Architekten Neurenaissanceformen vor. Dieser Stil war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für öffentliche Bauten und besonders für höhere Schulen beliebt.

Bern: Schulpalast in der Stadt

Die Stadt Bern errichtete im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhun-



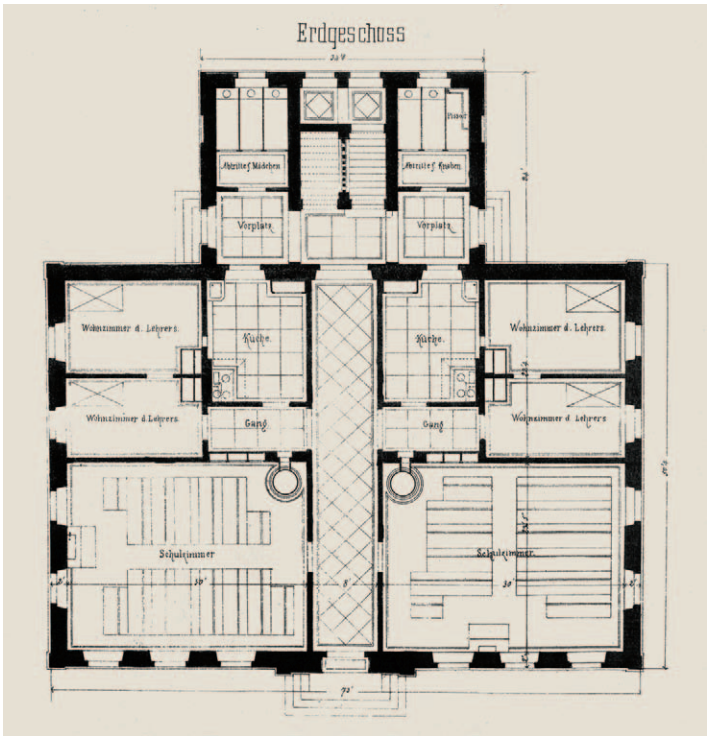
Das ehemalige Mädchensekondarschulhaus Monbijou in Bern, Sulgeneckstrasse 26, von 1897–1899, galt als das «besteingerichtete Schulhaus Berns». Wie auf dem Grundriss des Erdgeschosses zu sehen ist, sind beidseitig der Eingangshalle die Klassenzimmer aufgereiht. Die gegenüberliegende Haupttreppe wird vom Lehrerzimmer und der Abwartwohnung flankiert. Garderobennischen erweitern den Korridor. Von den Fassaden aus verschiedenfarbigen Back- und Hausteinen versprach man sich eine Wirkung «als ästhetisches Erziehungsmittel». – Kolorierte Frontispiz-Abbildung, aus: Bericht Mädchenschule, StAB und Repro aus Neuere Schulhäuser, S. 16.

derts vier Grossschulhäuser. Das Mädchensekondarschulhaus Monbijou von 1897 bis 1899 galt als das *besteingerichtete Schulhaus Berns* (Geographisches Lexikon der Schweiz, 1902). Es beherbergte die Sekundarschule sowie Handels-, Seminar- und Fortbildungsklassen und enthielt 20 Klassenzimmer, verschiedene Fachräume, eine Turnhalle und, als Neuheit in Bern, eine offene Spielhalle. Das Projekt von Stadtbaumeister Gottlieb Streit basierte auf dem einbündigen Grundriss der kurz zuvor errichteten städtischen Primarschulhäuser Kirchenfeld und Länggasse. Adolphe Tièche entwarf die Fassade, wohl in Anlehnung an die Kantonschule Aarau. Der Neubau erntete nicht nur Lob: *Immer neue Schulpaläste mit sich stets überbietendem Luxus an sanitarischen An-*

sprüchen aller Art belasten unsere Gemeindewesen, schrieb der konservative Architekt und Historiker Eduard von Rodt (Bern im neunzehnten Jahrhundert, 1898) über das Schulhaus, das gemäss der städtischen Baudirektion *ohne zu prunken, doch ein würdiges Denkmal zu Ehren der Stadt Bern* werden sollte.

Bibliografie:

Bächtiger/Capitani, Lesen; Bericht Mädchenschule; Gurtner, Primarschulhausbau; Kuert, Madiswil; Neuere Schulhäuser; Salvisberg, Normalien; Schneeberger, Schulhäuser.



Friedrich Salvisberg, «Normalien für Schulgebäude», 1870, Projekt VII, «Schulhaus mit 4 Schulzimmern, 1 Arbeitszimmer im Giebel u. 4 Lehrerwohnungen», Grundriss des Erdgeschosses. Der Mittelkorridor erschliesst Schulzimmer und Wohnungen. Die Toiletten befinden sich aus hygienischen Gründen im Anbau. – StAB.



Ehemaliges Schulhaus Reckiwil, Gemeinde Linden. Äusserlich unterscheidet sich das Gebäude von 1900 mit dem Giebelbogen wenig von einem ländlichen Wohnhaus. Nur die höheren Fenster im Erdgeschoss und der Turnplatz weisen auf die Nutzung als Schulhaus bis 2009 hin. – 2010, Foto E. Schneeberger.



Madiswil, Altes Dorfschulhaus. Präsentationszeichnung von 1898/99, Bracher & Widmer, Bern. Das Gebäude gehörte damals zu den fortschrittlichsten und repräsentativsten Berner Landschulhäusern. Der Fassadendekor wurde gegenüber der Darstellung etwas vereinfacht ausgeführt. – StAB.



Abb. 422: Das Beispiel der Gemeinde Rüschegg zeigt, dass den negativen Wirkungen von Armut gegengesteuert werden konnte. Hier gab es interessierte Schüler, aufgeschlossene Eltern, einen aktiven Pfarrer, eine gewissenhafte Schulkommission, einen guten Lehrer und kleine Klassen. Ab 1878 sanken auch die Absenkenzahlen. Die Leistungen der Rekrutenprüfungen waren hier überdurchschnittlich. – Rüschegger Schüler zeigen sich ihre Zeugnisse, 1935, Foto Carl Jost, StAB.

Lehrmittel und Unterricht

In den 1830er-Jahren kamen vermehrt weltliche Lehrbücher zum Einsatz,⁴⁴ oft gegen den Widerstand der Eltern. 1856 wurden die Lehrmittel vorgeschrieben.⁴⁵ Ihre Entwicklung im Kanton Bern ist nur für die Zeit bis 1844 untersucht. Obwohl die Instruktion für die Normallehrer von 1807 erstmals eine Ausrichtung auf das praktische Leben vorsah,⁴⁶ blieben in der Praxis der Volksschulen religiöse Lehrmittel noch lange dominant: 1844 waren die häufigsten Bücher in der Schule der Katechismus, die Psalmen und Gellerts Lieder.⁴⁷ Das Frage-Antwort-Schema aus dem Heidelberger wurde sogar für Fächer wie das Rechnen stilprägend.⁴⁸ Liberale Texte wie Zschokkes *Schweizerlands Geschichte* finden sich nur in 20 Prozent der Schulen, wobei ein zunehmender Stellenwert von Geschichte und Vaterlandsbewusstsein spürbar wird. Am fortschrittlichsten waren Seeland und Oberaargau, die auch in anderen Belangen Vorreiter darstellen. Immerhin gelang es bis 1844, in allen Schulen Rechnen einzuführen und auch Geografie und Geschichte erreichten rund die Hälfte aller Volksschulen,⁴⁹ Linearzeichnen, Buchhaltung und Naturlehre rund 20 Prozent.

Neue Formen des Schulehaltens waren Frontalunterricht, Jahrgangsklassen, wechselseitiger Unterricht⁵⁰ nach dem Vorbild der Lancasterschulen, in der Schweiz vor allem von Pater Girard forciert.⁵¹ Eine Innenansicht des Unterrichts ist nur für die Musterschule Muristalden möglich: Die Disziplin wurde nur in Notfällen mit Strafen durchgesetzt, ein strafender Blick oder ein Eckenstehen bevorzugt.⁵² Sonst folgten die Seminaristen wo möglich dem Leitsatz Herbarts, dass die Vermeidung von Langeweile im Unterricht die beste disziplinarische Massnahme sei.

Lehrerinnen, Lehrer und ihre Ausbildung

Die Lehrer machten im 19. und 20. Jahrhundert einen klaren, aber auch mühseligen Prozess der Professionalisierung durch.⁵³ Nach der *Instruktion des Kirchenrathes für die neuen Normal-Anstalten zur Bildung tüchtiger Landschul-Lehrer* von 1807 sollten die Schulmeister nur so viel lernen, wie die Schüler selbst einmal wissen sollten.⁵⁴ Das liberale Dekret vom 17. Februar 1832 sah einen zweijährigen Kurs für angehende Lehrer vor, wozu seit 1833 das Seminar in Münchenbuchsee zur Verfügung stand. Dazu kamen das gemischtkonfessionelle Seminar in Pruntrut sowie für die Lehrerinnenausbildung seit 1838/39 und 1845 Seminare in Hindel-



Abb. 423: 1838 wurde in Oberbipp (seit 1839 in Hindelbank) ein Lehrerinnenseminar für den deutschen Kantonsteil gegründet, 1845 folgte eine französischsprachige Ausbildungsstätte in Delsberg. Die staatlichen Lehrerinnenseminare unterschieden

sich wesentlich von den Seminaren für Männer, weil hier nur wenige Frauen unter der Leitung eines Pfarrers in einer familienähnlichen Form ausgebildet wurden. – Lehrerinnen der städtischen Schule Bern, ohne Datum, Foto Gosteli Archiv.

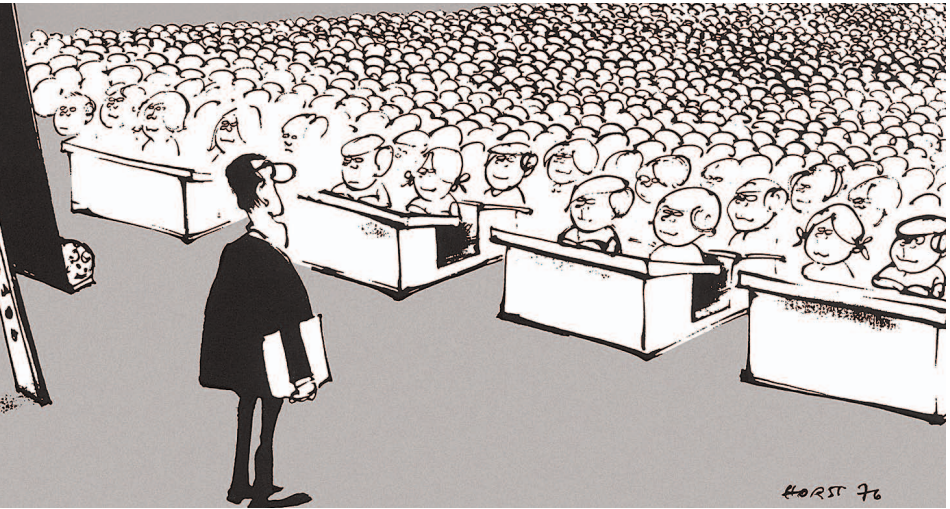


Abb. 424: Weil im Zweiten Weltkrieg die Lehrerausbildung vernachlässigt worden war, gab es nach 1945 einen akuten Mangel an Lehrkräften. In der Folge wurden im Kanton Bern zahlreiche Seminare gegründet und es kam zur Rekrutierung von «Maturi» und «Maturae» oder Berufsleuten, die über Sonderkurse zu Lehrern ausgebildet wurden. Mitte der 1970er-Jahre, als die geburtenstarken Jahrgänge die Schule verlassen hatten, kam es zur umgekehrten Situation: «Guten Tag. Ich bin die Lehrerschwemme. Seid ihr der Pillenknick?». – Karikatur aus dem Nebenspalter, 1976.

bank und Delsberg.⁵⁵ Die Lehrerinnenseminare unterschieden sich wesentlich von den Seminaren für Männer, weil dort nur wenige Frauen unter der Leitung eines Pfarrers in einer familienähnlichen Form ausgebildet wurden.⁵⁶ Wichtiger als diese staatlichen waren für die Lehrerinnen die stadtberner Seminare: die städtische Einwohnermädchenschule (Monbijou)⁵⁷ seit 1841 und seit 1852 die von pietistischen Kreisen gegründete Neue Mädchenschule.⁵⁸ Zwischen 1873 und 1890 stammten zwei Drittel aller Lehrerinnen aus diesen beiden städtischen Schulen.⁵⁹

Allmählich wurde die Ausbildungsdauer erhöht, wobei Männer in der Regel ein Jahr länger ausgebildet wurden (für Männer 1860 drei Jahre, 1900 vier Jahre).⁶⁰ Das fünfte Seminarjahr für Lehrer und Lehrerinnen kam schliesslich 1978.⁶¹ Mit dem Gesetz über die Lehrerinnen- und Lehrerbildung vom 9. Mai 1995 wurde die Ausbildung aller Kindergärtner/innen, Arbeits-, Primar- und Sekundarlehrer/innen akademisiert⁶² und im September 2005 an der Pädagogischen Hochschule Bern zentralisiert.⁶³

Der Anteil der Lehrerinnen in der Volksschule erhöhte sich sukzessive. Franziska Rogger spricht deshalb von einer *Feminisierung des Lehrkörpers*.⁶⁴ Betrug ihr Anteil 1838 noch 8 Prozent, stieg er bis 1892 auf 41 Prozent, stagnierte dort bis nach dem Zweiten Weltkrieg und erreichte 1970 51 Prozent. Bis 1990 war er auf 64 Prozent angestiegen.⁶⁵

Die Lehrerbesoldung⁶⁶ machte im liberalen Staat einen Quantensprung. Das Lohnniveau, das Schulinspektor Jakob Egger für 1856 errechnete, lag mit 519 Franken im Jahr (inklusive Naturalien) schon mehr als doppelt so hoch wie vor der Ausrichtung der Staatszulagen und verdreifachte sich bis 1946 sogar.⁶⁷ Pietro Scandola spricht von einem Aufstieg der Lehrer von den «Habenichtsen» zum Mittelstand.⁶⁸ Frauen erreichten diese Position erst 1973: Nun gab es gleiche Löhne für Lehrerinnen und Lehrer.⁶⁹ 2010 verdiente ein Primarlehrer im Kanton Bern nach sechs Dienstjahren einen Jahreslohn von 78000 Franken.⁷⁰ Daran entzündete sich eine politische Diskussion, die den im Vergleich zu ähnlich qualifizierten Berufen immer noch niedrigen, real gesunkenen Löhnen eine Mitschuld am erneuten Lehrermangel zuschrieb.

Erfolge und Defizite der Schule

Trotz der Widerstände gelang auf die Dauer ein Umbau der Schule, besonders ihre Verlängerung zur Ganzzahresschule und eine die religiöse Orientierung nicht beseitigende, aber relativierende Verbreiterung des Fächerkanons schon im 19. Jahrhundert.⁷¹ In der von Marius Gränicer untersuchten Gemeinde Worb waren es der Pfarrer, die Ortsschulkommission und die Einwohnergemeinde, die sich für eine Verbesserung der Schulbildung einsetzten,⁷² besonders im halbindustriellen Worb Dorf, wo es in ihrem materiellen Interesse lag. Ende des 19. Jahrhunderts kann man trotz allen Schwierigkeiten und Verzögerungen von einer gelungenen Implementierung liberaler Bildungsideen sprechen.⁷³ Das spiegelt sich besonders in der Entwicklung der schulischen Leistungen wieder: 1806 ergab die Leistungserhebung in Berner Schulen, dass praktisch alle Knaben und Mädchen lesen lern-

44 Scandola, Standesschule, S. 606.

45 Gränicer, Worb, S. 482.

46 Pfäffli-Ruggli, Zweck, S. 19.

47 Pfäffli-Ruggli, Zweck, S. 49.

48 Pfäffli-Ruggli, Zweck, S. 57, 66.

49 Pfäffli-Ruggli, Zweck, S. 29.

50 Zu seiner Einführung in Bern durch den Unterrichtsplan von 1845: Kellerhals, Mädchen, S. 68.

51 Grunder, Lehrer.

52 Bandi, Muristalden, S. 42, 98–104.

53 Dazu besonders Bloch, Priester, zusammenfassend S. 528–535.

54 Kummer, Schulwesen, S. 20.

55 Scandola, Lehrerschaft, S. 27–30, Kummer, Schulwesen, S. 45, Crotti, Primarlehrerinnen, S. 219.

56 Crotti, Primarlehrerinnen, S. 220.

57 Dazu auch Von Wartburg-Adler, Professionalisierung, S. 447f.

58 Junker 3, Kapitel *Glaubensleben und Schule*, S. 26–30.

59 Scandola, Lehrerschaft, S. 32.

60 Scandola, Lehrerschaft, S. 30–32.

61 Rogger, Weltkrieg, S. 596.

62 Crotti, Professionalisierung.

63 Criblez, Lehrerseminar, S. 106f. Die Studiendauer wurde dabei auf 6 Semester für Vorschule und Primarstufe und 9 Semester für Sekundarstufe I reduziert.

64 Rogger, Weltkrieg, S. 545. Zur Fachlehrerinnen- und Kindergärtnerinnenausbildung vgl. Rogger, Weltkrieg, S. 552–573.

65 Scandola, Lehrerschaft, S. 34, Rogger, Weltkrieg, S. 546.

66 Vgl. die Übersicht bei Scandola, Lehrerschaft, S. 242f.

67 Scandola, Lehrerschaft, S. 240f.

68 Scandola, Lehrerschaft, S. 244.

69 Rogger, Weltkrieg, S. 464–466.

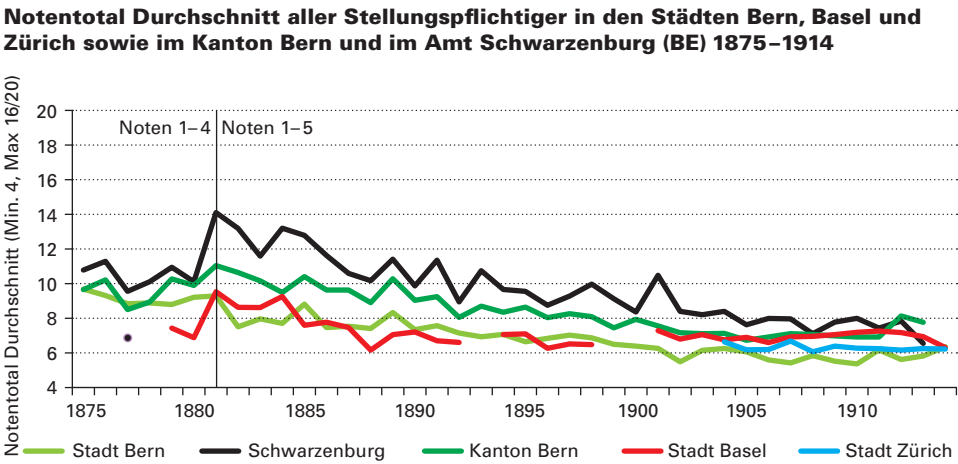
70 Der Bund, 14.6.2010.

71 Gränicer, Bildungsideale, S. 95–111.

72 Gränicer, Bildungsideale, S. 111.

73 Gränicer, Bildungsideale, S. 139.

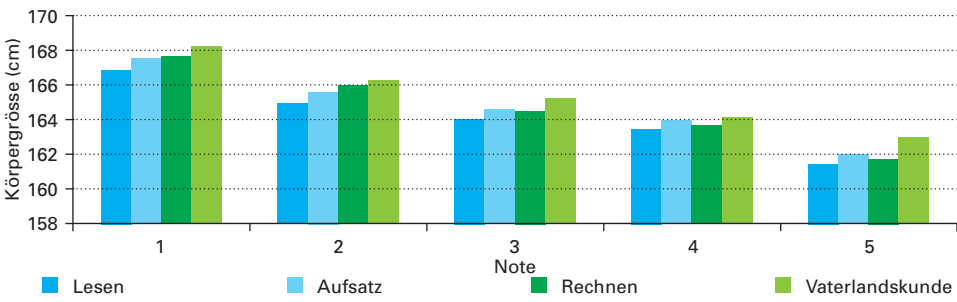
Abb. 425: *Längerfristig besserten sich laut Ausweis der Rekrutenprüfungen die schulischen Leistungen in allen untersuchten Regionen deutlich, wobei aber lange das ökonomisch benachteiligte Amt Schwarzenburg hinterherhinkte. – Grafik ADD, nach Angaben von Kaspar Staub.*



ten, schreiben konnten dagegen nur 60 bis 70 Prozent der Knaben und 20 bis 25 Prozent der Mädchen. Rechnen wurde überhaupt nur in 47 Prozent der Schulen angeboten.⁷⁴ Die Inspektion in den Jahren 1842/43 zeigte demgegenüber erhebliche Fortschritte. Lesen und Rechnen wurden generell als ordentlich taxiert, das Verständnis des Gelesenen aber werde zu wenig gefördert. Mündlicher und schriftlicher Ausdruck der eigenen Gedanken und Grammatik würden stark vernachlässigt.⁷⁵ Man bemerkte, dass die neuen Anforderungen auf mehr als nur mechanische Nachahmung noch nicht erfüllt wurden. Die alte Schule lebte noch, war aber etwas effizienter geworden.

Die gesamtschweizerischen Rekrutenprüfungen⁷⁶ brachten für Bern in schulischen Belangen ein ernüchterndes Resultat. 1876 lag der Kanton an 21. Stelle von 25 Kantonen, noch hinter Ständen mit Lehrschwestern, denen Bern im Kulturkampf Unfähigkeit unterstellt hatte.⁷⁷ Innerhalb des Kantons zeigten sich die Gebiete um Bern, Biel, Wangen, Aarwangen und Neuenstadt in vorderer Reihe, Schlusslichter waren Schwarzenburg, die Freiberge und Frutigen. Auf der Suche nach den Gründen veranstaltete die Berner Regierung 1878 bis 1880 Abschlussprüfungen: Die französischsprachigen Schulen und Schulen aus den Ämtern Interlaken, Schwarzenburg, Seftigen und Bern schnitten besonders schlecht ab. Gute Resultate erzielten Schulen aus den Ämtern Burgdorf, Frutigen, Nidersimmental, Nidau und Aarwangen. Mädchen waren stets besser und blieben auch im Rechnen zumindest fast gleichauf.⁷⁸ Dieser Befund korreliert auffallend mit den schon 1806 festgestellten regionalen Unterschieden, die Jens Montandon auf wirtschaftliche Gunst- und Ungunstlagen zurückführt.⁷⁹ Gründe für schlechte Schulleistungen waren statistisch in erster Linie die Absenzen.⁸⁰ Bis 1940 zeigt sich in den Rekrutenprüfungen insgesamt eine deutliche Verbesserung der schulischen Leistungen.⁸¹ Dennoch blieben bestimmte Gruppen deutlich zurück. Eigentümlicherweise fallen sie nicht nur durch schlechtere Leistungen, sondern auch durch geringere Körpergrösse auf. Als Ursache für diesen Zusammenhang nennt die Forschung Hormone, die sowohl das Wachstum als auch die kognitive Entwicklung steuern und von der Ernährungslage beeinflusst werden:⁸² *Die sozioökonomische Situation der Familie im 19. Jahrhundert und die ihr auferlegten ökonomischen Zwänge bestimmten einerseits den Ernährungsstatus (Ernährung, Krankheit, Arbeit) und damit das Wachstum (und die kognitive Entwicklung) des Kindes, andererseits – und dies war wohl ebenfalls zentral – den Zugang zu Bildung und Bildungsentscheidungen seitens der Eltern. Ein Kind aus unteren sozialen Schichten war demnach doppelt, möglicherweise dreifach benachteiligt.*⁸³ Es war jedoch möglich, diese strukturellen Zwänge zu brechen.⁸⁴ Das bestätigen das Amt Schwarzenburg und dessen besonders arme Gemeinde Rüschegg mit ihrer gemeinsamen Oberschule:⁸⁵ Hier gab es interessierte Schüler, aufgeschlossene Eltern, einen aktiven Pfarrer, eine gewissenhafte Schulkommission, einen engagierten, gut bezahlten und lange wirksamen, beliebten Lehrer, eine aus armen benachteiligten und besser gestellten Kindern zusammengesetzte Schülerpopulation, kleine Klassen, seit 1878 deutlich sinkende Absenkenzahlen und überdurchschnittliche Resultate bei den Rekrutenprüfungen.

Korrelation zwischen Körpergrösse und Schulleistungen bei Berner Rekruten 1895–1940



Die soziale Benachteiligung als multipler Grund für schlechte Schulleistungen tritt heute in Form des Migrationshintergrundes auf. Eine Untersuchung zu Zürich zeigt, dass die Kinder aus einer ressourcenunterprivilegierten Herkunftsgruppe (portugiesische, tamilische, türkische, albanische, schwarzafrikanische, ex-jugoslawische Eltern sowie Kinder aus Nord-Afrika, dem Mittleren und Fernen Osten, aus Spanien und Italien sowie Lateinamerika) markant geringere Leistungen als Schweizer Kinder erbringen.⁸⁶ *Die Gründe für die Unterschiede in den Schulleistungen von Schweizer Kindern und von Migrantenkindern sind nicht in der ethnischen Herkunft der Eltern zu suchen, sondern sind vor allem anhand des sozialen Status der Eltern und der Höhe des kulturellen Kapitals der Familie zu erklären.*⁸⁷ D.h. die Bildungsferne der Eltern und die fehlende Motivation der Kinder zum Lernen sind entscheidend.⁸⁸ Aber selbst bei guten Schulleistungen sind die Berufsaussichten von Kindern mit Migrationshintergrund heute geringer als bei Schweizer Kindern. Auch das hat Tradition: Die Studie von Stefan Bütikofer über die Sekundarschule Worb kurz vor 1900 belegt, dass Primar- und Sekundarschüler weitgehend unabhängig von ihren schulischen Leistungen in Beruf und Status der eigenen Eltern verharrten – mit der bemerkenswerten Ausnahme der Lehrerkinder.⁸⁹

Ausblick

Die Entwicklung der Berner Volksschule geht weiter: Nachdem mehr als die Hälfte der Kantone die Vereinbarung über die Harmonisierung der Schule (Harmonisierungs-Konkordat) angenommen hat, darunter der Kanton Bern, ist das Konkordat am 1. August 2009 in Kraft getreten und soll bis spätestens 2015/16 umgesetzt werden. Damit wird die Schulpflicht auf elf Jahre verlängert und die Möglichkeit geschaffen, Kindergarten und untere Klassen in einer Grundstufe (zwei Vorschuljahre plus erstes Schuljahr) oder Basisstufe (zwei Vorschuljahre und zwei erste Jahre der Primarschule) zusammenzufassen. Damit wird der Kindergarten neu zu einem Teil der obligatorischen Schule. Für die Muttersprache, die Fremdsprachen, Mathematik und die Naturwissenschaften entstehen nationale Leistungsstandards. Schon in der Primarstufe werden zwei Fremdsprachen unterrichtet werden. Blockzeiten und Tagesstrukturen halten Einzug. Damit erreichen insgesamt Tendenzen einen Abschluss, die im frühen 19. Jahrhundert begannen: die Professionalisierung der Lehrerbildung, die Integration von Ausbildungsangeboten auf freiwilliger Basis in die Pflichtschule und die immer stärkere Erfassung des Lebens der Kinder im Sinne einer optimierten kognitiven Bildung und ihrer Fitness für die Anforderungen einer modernen leistungsorientierten Gesellschaft oder wie der Text zur strategischen Planung der PH Bern 2007 bis 2010 sagt: *Das Wissen wird zur eigentlichen Produktivkraft in der «Wissengesellschaft». Durch wachsende Rationalisierung und Automatisierung werden die Produktionsabläufe weniger personalintensiv. Beide Faktoren führen zu einer steigenden Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften, sei es für die Bedienung und die Überwachung der Produktionsmittel, sei es für Forschung und Entwicklung. Die kognitiven (wissensbasierten) Tätigkeiten gewinnen seit Längerem kontinuierlich an Bedeutung, während die manuellen Tätigkeiten an Boden verlieren.*⁹⁰

Abb. 426: *Ökonomische Umstände bestimmten die Ernährung und die Gesundheit der Kinder – und damit ihre Körpergrösse. Sie beeinflussten aber auch die kognitive Entwicklung, besonders im Fall von Mangelernährung, und die Bildungsentscheidungen der Eltern. So verweist die Korrelation von Körperlänge und Schulleistungen («je länger, desto besser», «je kleiner, desto schwächer») darauf, dass ein Kind aus unteren sozialen Schichten mehrfach benachteiligt war. – Grafik ADD, nach Meyer, Berner Rekruten, S. 67.*

74 Montandon, Gemeinde, S. 119–20. Vgl. BgoZ, S. 272.

75 Kummer, Schulwesen, S. 47.

76 Dazu Lustenberger, Rekrutenprüfungen.

77 Junker 3, S. 26–30; Vgl. Kellerhals/Crotti, Rekrutenprüfungen.

78 Vgl. dazu auch Kellerhals, Mädchen.

79 Montandon, Gemeinde.

80 Straumann, Rekruten, S. 64f., 89.

81 Siehe dazu Kretz, Rekrutenprüfungen; Meyer, Berner Rekruten; Straub, Lebensstandard, S. 194–203.

82 Der Faktor Armut als Erklärungsansatz für Absenzen und Schulleistungen auch bei Schmidt, Schweizer Elementarschulen.

83 Straub, Lebensstandard, S. 202.

84 Dazu auch Schmidt, Schweizer Elementarschulen, S. 48–50.

85 Brawand, Unterrichtsergebnisse, v.a. S. 35–46, 83, 100–120.

86 Hess, Schulleistungen, S. 69.

87 Hess, Schulleistungen, S. 83.

88 Hess, Schulleistungen, S. 81.

89 Bütikofer, Vater, S. 45, 56, 64–75.

90 Strategische Planung der PH Bern, beschlossen vom Schulrat der PH Bern am 19. Dezember 2006, Bern 2007.